ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Gesamtwirtschaftliche Perspektiven fuer Deutschland

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2001) : Gesamtwirtschaftliche Perspektiven fuer Deutschland, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 08, Iss. 3, pp. 7-13

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169591

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Gesamtwirtschaftliche Perspektiven für Deutschland[1]

Weltkonjunktur kühlt sich deutlich ab

Die weltwirtschaftliche Expansion hat sich seit Mitte 2000 deutlich verlangsamt. Damit ging eine Phase außerordentlich hoher Dynamik zu Ende. Verantwortlich war zum einen der Anstieg der Ölpreise, der die wirtschaftliche Aktivität dämpfte. Zum anderen bremste die Geldpolitik mit dem Ziel, das bis zur Jahresmitte hohe konjunkturelle Tempo zu verringern und so einer Inflationsbeschleunigung entgegenzuwirken. Eine geringere konjunkturelle Expansion war somit wirtschaftspolitisch gewollt.

Besonders stark kühlte die Konjunktur in den USA ab. Damit fiel die maßgebliche Antriebskraft der Weltwirtschaft aus. In Japan kam die ohnehin zögerliche konjunkturelle Belebung im Verlauf des vergangenen Jahres erneut ins Stocken; die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte reichten nicht aus, um den Wegfall der außenwirtschaftlichen Impulse zu kompensieren. Im Euroraum ging das Expansionstempo ebenfalls zurück, wenn auch nicht so ausgeprägt. Die Abkühlung war primär dadurch bedingt, dass die Realeinkommen wegen des Kaufkraftabflusses in die Ölexportländer langsamer stiegen.

Als in den USA zum Jahresende die deutliche Abschwächung der Konjunktur erkennbar wurde, vollzog die Zentralbank eine entschlossene Zinswende. Auf eine erneute Eintrübung der Konjunkturperspektiven hat die Bank von Japan ebenfalls reagiert. Zuletzt hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen leicht zurückgenommen. Die EZB dürfte sie in Erwartung einer abgeschwächten konjunkturellen Expansion und eines nachlassenden Preisauftriebs noch etwas weiter senken. In zahlreichen Ländern Europas und in den USA werden Steuern reduziert.

Die Dynamik der Weltwirtschaft bleibt in den kommenden Monaten verhalten. Zwar sind die Ölpreise wieder gefallen. Doch bestimmt die Abschwächung in den USA vorerst das weltwirtschaftliche Klima. Einer stärkeren Abkühlung wirkt im Euroraum die expansive Finanzpolitik entgegen. Zudem stützt in der ersten Jahreshälfte 2001 noch der niedrige Eurokurs. Mit der weltwirtschaftlichen Belebung beschleunigt sich der Produktionsanstieg im kommenden Jahr wieder, bleibt aber deutlich verhaltener als im vergangenen Jahr. Der Preisauftrieb wird im Prognosezeitraum nachlassen.

Aufschwung in Deutschland zu Ende – aber keine ausgeprägte Konjunkturschwäche

In Deutschland ist der konjunkturelle Aufschwung im zweiten Halbjahr zu Ende gegangen: Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten hat nicht weiter zugenommen; sie ist zuletzt sogar etwas zurückgegangen. In der Industrie waren Auftragseingänge und Produktion zwar weiterhin aufwärts gerichtet. Das Geschäftsklima hat sich jedoch merklich eingetrübt. Die Abkühlung der Konjunktur strahlte auch auf den Arbeitsmarkt aus. Seit Beginn dieses Jahres steigt die Zahl der Erwerbstätigen nur noch verhalten. Der Preisauftrieb hat sich kaum abgeschwächt.

Ein Nachlassen der konjunkturellen Dynamik war von den Instituten in ihrem Gemeinschaftsgutachten vom Herbst letzten Jahres erwartet worden. Dafür sprachen der Ölpreisschock sowie die Straffung der Geldpolitik in den USA und im Euroraum. Allerdings wurde das Ausmaß der Abschwächung unterschätzt. So wurde die Binnennachfrage durch den Ölpreisschock stärker belastet als erwartet. Zudem kühlte sich die Konjunktur in den USA stärker ab als noch im Herbst des vergangenen Jahres angenommen; das hat die Exporterwartungen gedämpft und das Geschäftsklima verschlechtert. Obwohl die Konjunktur in Deutschland stärker als erwartet an Fahrt verloren hat, halten die Institute an ihrer Einschätzung fest, dass es nicht zu einer ausgeprägten Konjunkturschwäche oder gar zu einer Rezession kommen wird.

[1] *Vgl. dazu das ausführliche „Frühjahrsgutachten" der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen, zusammengeschlossenen Institute, ifo Schnelldienst 54 (7) 2001, S. 3 ff.*

Nach der konjunkturellen Abschwächung im zweiten Halbjahr 2000 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion vielmehr in der ersten Hälfte dieses Jahres wieder stärker zunehmen. Maßgeblich hierfür ist, dass der private Konsum durch die Einkommensteuerentlastung stimuliert wird. Diese Impulse klingen jedoch in der zweiten Jahreshälfte ab; die schwächere Expansion der Auslandsnachfrage schlägt dann auf die Konjunktur durch. Im Laufe des nächsten Jahres wird sich der Produktionsanstieg – insbesondere wegen der Besserung der Weltkonjunktur – wieder leicht beschleunigen. Die Binnennachfrage profitiert von der Lockerung der Geldpolitik. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2001 um 2,1 % und im Jahre 2002 um 2,2 % zunehmen (vgl. Abb. 1).

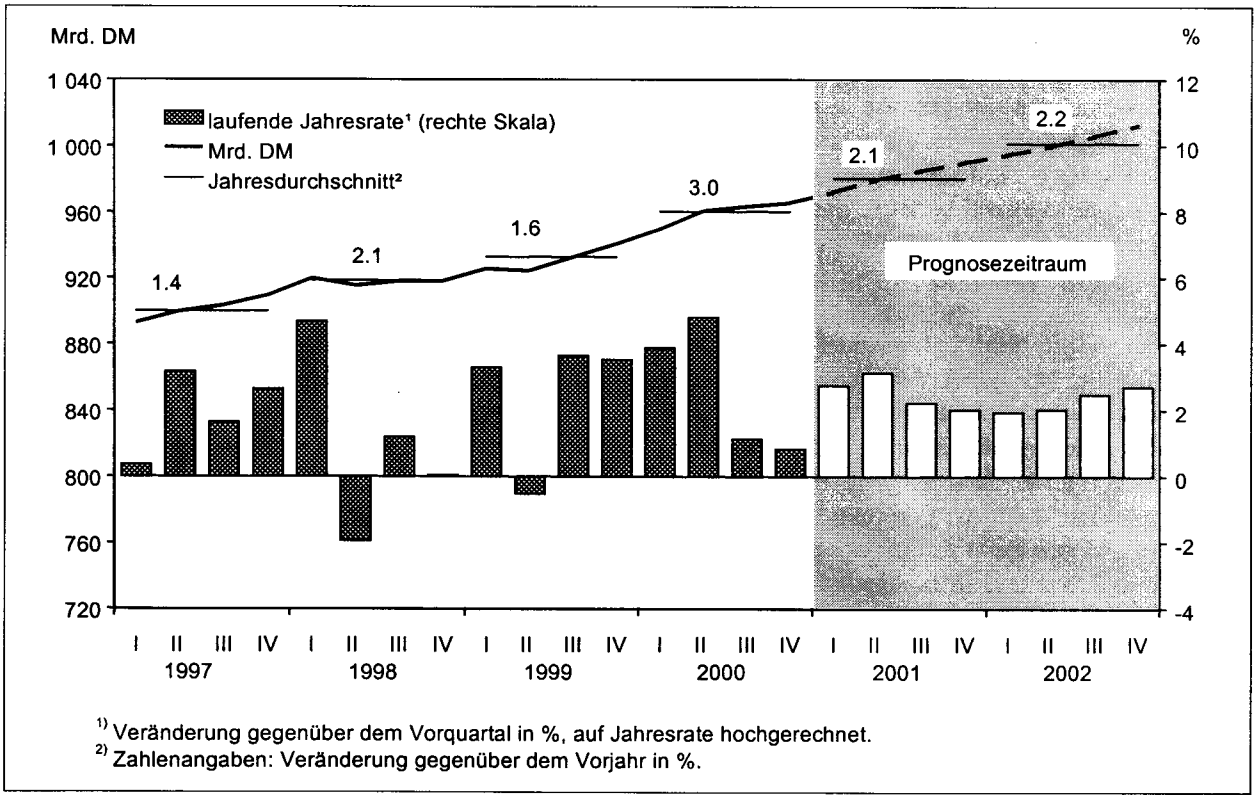
Beschäftigungsanstieg verlangsamt sich

Die Beschäftigung in Deutschland wurde im vergangenen Jahr kräftig ausgeweitet, im Verlauf schwächte sich die Zunahme allerdings ab. Neben dem Nachlassen der konjunkturellen Dynamik spielten hierbei Sondereffekte[2] eine Rolle. Die Abflachung machte sich vor allem im verarbeitenden Gewerbe und im Handel bemerkbar; im Baugewerbe wurde verstärkt Personal freigesetzt.

In diesem Jahr wird sich der Beschäftigungsanstieg weiter verlangsamen. Dies ist in erster Linie auf die Verringerung des konjunkturellen Tempos zurückzuführen. Alles in allem wird sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2001 um nahezu 350 000 Personen erhöhen. Am Jahresende werden

Abb. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
[2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute, ab 1. Quartal 2001: Prognose der Institute.

[2] *Aufgrund der gesetzlichen Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (630-Mark-Jobs) wurden Zweitjobs auf dieser Basis finanziell unattraktiver. Diese Stellen wurden in hohem Maße durch ausschließlich geringfügig Beschäftigte wiederbesetzt, was die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte. Dieser Effekt lässt jedoch nach. Durch die Kontingentierung bei der Einberufung von Zivildienstleistenden wurde der Zugang zu diesen Beschäftigungsverhältnissen beschränkt.*

270 000 Personen mehr beschäftigt sein als ein Jahr zuvor. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich der Beschäftigungsanstieg wieder leicht verstärken (vgl. Abb. 2).

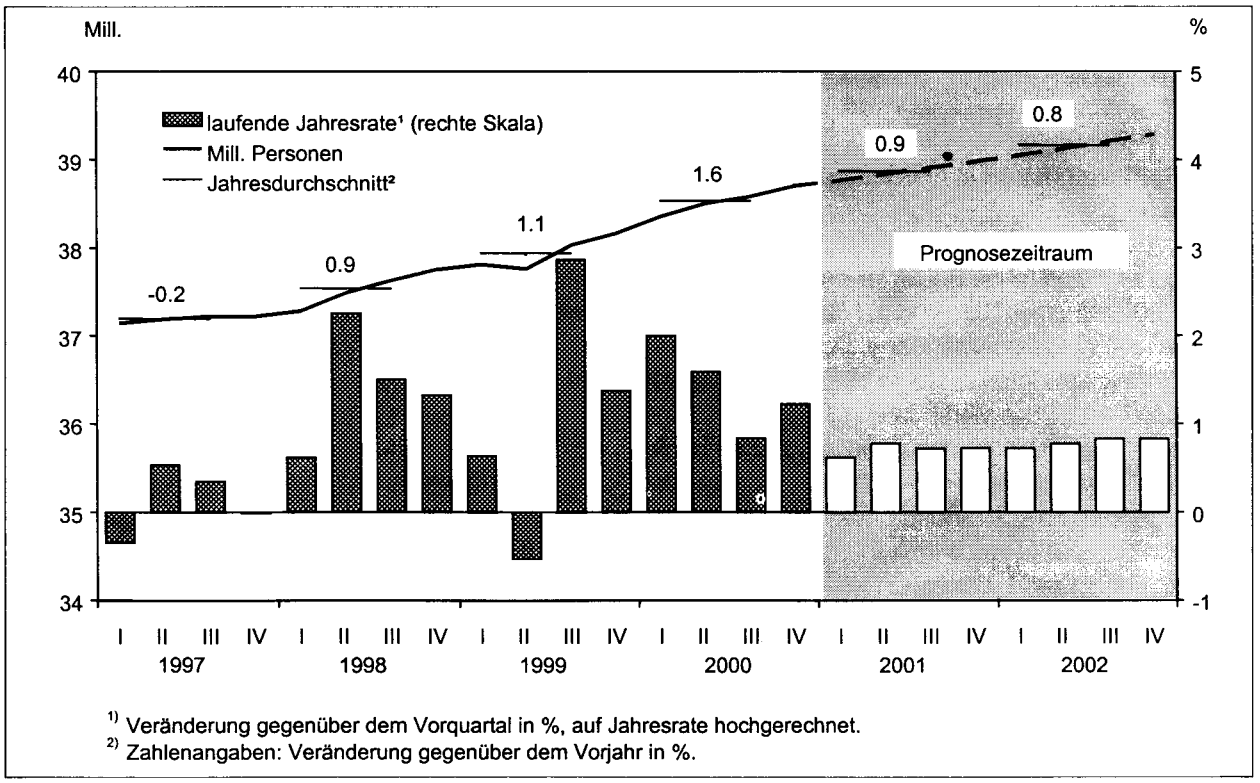
Die Besserung beschränkt sich auf den westdeutschen Arbeitsmarkt. In den neuen Bundesländern wird die Beschäftigung 2001 noch leicht zurückgehen, im kommenden Jahr dann geringfügig zunehmen. Zwar wird in der Industrie der Personalbestand weiter aufgestockt, doch überwiegen zunächst noch die strukturell bedingten Beschäftigungsverluste in der Bauwirtschaft, im Handel und im öffentlichen Dienst. Erst im nächsten Jahr lässt der Rückgang im Baugewerbe nach, und der Beschäftigungsaufbau bei den privaten Dienstleistern verstärkt sich (vgl. Tab. 1).

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nahm im vergangenen Jahr weiterhin weniger stark ab, als die Erwerbstätigkeit stieg. Die Erwerbsquote erhöhte sich durch die Beschäftigung von Personen, die vorher nicht als Arbeitssuchende registriert waren. Im Prognosezeitraum werden sich die Arbeitslosigkeit und die Erwerbstätigkeit fast spiegelbildlich zueinander entwickeln, auch weil die geringfügige Beschäftigung nicht mehr im gleichen Ausmaß ausgeweitet wird wie im Anschluss an die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes. Die Arbeitslosenzahl sinkt im Verlauf dieses Jahres um gut 180 000 Personen auf 3,62 Mill. im vierten Quartal. Ein Jahr später wird sie 3,37 Mill. Personen betragen. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen) wird von 9,2 % im vergangenen Jahr auf 8,2 % im Jahre 2002 sinken. In den neuen Bundesländern nimmt die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nicht zu, weil bei rückläufiger Arbeitskräftenachfrage auch das Arbeitsangebot zurückgeht. Im Jahre 2002 wird die Zahl der Arbeitslosen um rund 30 000 auf 1,21 Mill. abnehmen.

Abb. 2

Erwerbstätige

Inlandskonzept; saisonbereinigter Verlauf



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
[2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute, ab 1. Quartal 2001: Prognose der Institute.

Tab. 1

Eckdaten der Prognose

	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt [1]					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	1,6	3,0	2,1	2,2
Westdeutschland [2]	2,3	1,6	3,2	2,2	2,2
Ostdeutschland	0,7	1,4	1,1	1,5	2,0
Erwerbstätige Inländer (1000 Personen)	37 479	37 879	38 466	38 800	39 095
Westdeutschland [2]	31 257	31 609	32 291	32 660	32 940
Ostdeutschland	6 222	6 270	6 175	6 140	6 155
Arbeitslose (1000 Personen)	4 279	4 099	3 889	3 695	3 470
Westdeutschland	3 024	2 872	2 645	2 455	2 260
Ostdeutschland	1 256	1 227	1 244	1 240	1 210
Arbeitslosenquote [3] (in %)	10,2	9,8	9,2	8,7	8,2
Westdeutschland	8,8	8,3	7,6	7,0	6,4
Ostdeutschland	16,8	16,4	16,8	16,8	16,4
Verbraucherpreise [4]					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,0	0,6	1,9	2,1	1,5
Finanzierungssaldo des Staates [5]	-2,1	-1,4	1,5	-1,7	-1,2

[1] In Preisen von 1995. - [2] Einschließlich Berlin. - [3] Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- [4] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte - [5] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95) in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Angabe für 2000: Einschließlich der als Nettoabgang an immateriellen Wirtschaftsgütern gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesanstalt für Arbeit; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland bleibt schwach

In Ostdeutschland (ohne Berlin) fiel das Wachstum im Jahre 2000 mit einer Rate von 1,1 % deutlich niedriger aus als in Westdeutschland (3,2 %), nach annähernd gleichen Raten im Jahre 1999. Damit blieben die neuen Länder das vierte Jahr in Folge beim Wirtschaftswachstum hinter den alten zurück, und die Schere in der Pro-Kopf-Produktion hat sich wieder vergrößert. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist auf rund 60 % des Niveaus im früheren Bundesgebiet gefallen, einen Stand, der schon Mitte der neunziger Jahre erreicht worden war.

Die mit Produktionseinschränkungen verbundene Strukturanpassung im Baugewerbe und im Staatssektor wurde im Jahr 2000 nicht durch hinreichend hohe Zuwächse in anderen Wirtschaftsbereichen ausgeglichen. Obwohl der Produktionsrückgang im Baugewerbe auch Auswirkungen auf die baunahen Bereiche im verarbeitenden Gewerbe hatte, erhöhte sich die Industrieproduktion mit knapp 12 % weiterhin sehr kräftig[3]. Stärker als im früheren Bundesgebiet nahm die Erzeugung von Vorleistungsgütern zu. Bei den Investitionsgütern war die Produktionszunahme dagegen wegen des in Ostdeutschland weniger bedeutsamen Auslandsgeschäfts geringer. Der Anteil der Exporte an den gesamten Industrieumsätzen stieg zwar in den letzten Jahren auf 21 % (1995: 12 %), er liegt jedoch immer noch weit unter dem in Westdeutschland (37 %) (vgl. Tab. 2).

Im laufenden Jahr erhöht sich die Erzeugung im ver-

[3] *Vgl. dazu auch in diesem Heft: Gürtler, J., „Sächsische und ostdeutsche Industrie 2001: Produktion, Beschäftigung und Erträge auf Expansionskurs", S. 22 ff.*

Tab. 2

Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Westdeutschland = 100									
Bruttoinlandsprodukt (nominal) je Einwohner[1]	33,1	41,2	50,9	57,3	59,7	61,7	61,8	61,2	61,4	60,4
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonst. Anlagen (nominal) je Einwohner[2]	62,3	76,1	98,6	106,2	105,9	105,7	103,1	96,5	94,9	87,2
Bauinvestitionen (nominal) je Einwohner[2]	70,3	103,1	131,0	164,1	175,7	180,7	172,8	153,2	147,3	134,7
Wohnbauten	45,8	61,7	81,2	110,0	131,2	143,2	140,7	121,4	115,3	102,7
Nichtwohnbauten	97,1	151,5	194,9	241,7	240,5	237,7	223,2	205,1	198,9	185,8
Kapitalstock je Einwohner[2) 3)]	44,3	47,6	51,2	54,8	58,4	62,0	65,5	68,4	70,7	72,5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer[1]	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,2	77,0	77,1
Arbeitsproduktivität[1) 4)]	41,9	52,0	60,4	64,5	65,1	67,2	68,0	67,8	68,2	69,3
Lohnstückkosten[1) 5)]	117,6	119,1	114,5	112,7	115,5	112,8	111,9	112,5	113,0	111,3
Nachrichtlich: Reale Lohnstückkosten[1) 6)]	142,5	128,2	116,2	113,0	115,5	112,9	112,4	113,3	114,1	112,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Bevölkerung[1]										
Ostdeutschland		-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4
Westdeutschland		1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,2
Erwerbstätige (Inland)[1]										
Ostdeutschland		-12,4	-2,5	2,4	1,9	-0,7	-1,4	0,2	0,4	-1,5
Westdeutschland		0,8	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,0	1,1	1,2	2,1
Kapitalstock[2) 3)]										
Ostdeutschland		8,7	8,6	8,0	7,5	6,8	6,6	5,6	4,8	4,6
Ausrüstungen		17,6	15,8	14,5	12,6	11,4	10,7	8,2	6,9	6,5
Bauten		5,1	5,4	4,9	4,7	4,1	4,1	3,9	3,3	3,2
Westdeutschland		3,5	2,6	1,9	1,7	1,5	1,4	1,7	2,1	2,5
Ausrüstungen		4,4	2,8	1,5	1,1	0,9	1,0	1,6	2,3	2,6
Bauten		2,8	2,5	2,3	2,2	2,0	1,8	1,8	1,9	2,4

[1] Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin.– [2] Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet.– [3] Unternehmen ohne Wohnungsvermietung, in Preisen von 1991; VGR-Konzeption vor Einführung des ESVG 95.– [4] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.– [5] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.– [6] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Investorenrechnung; Berechnungen der Institute.

arbeitenden Gewerbe in ähnlichem Ausmaß wie im vergangenen Jahr, auch weil sie wegen des niedrigeren Ausfuhranteils weniger stark von der abflauenden Auslandsnachfrage betroffen sein wird. Insgesamt steigt im Jahre 2001 die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland um rund 1 1/2 %. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstumstempo in den neuen Ländern dem in Westdeutschland nahezu angleichen, nicht zuletzt weil der Rückgang im Baugewerbe – bei weiterhin hohen Steigerungen in der Industrie – im Vergleich zu 2001 geringer ausfällt.

Auch im Prognosezeitraum reicht die Eigendynamik der ostdeutschen Wirtschaft nicht aus, um den Aufholprozess gesamtwirtschaftlich wieder in Gang zu setzen. Ostdeutschland kann noch nicht auf Förderung verzichten.[4] Letztlich müssen dabei die Wachstumskräfte im Mittelpunkt stehen. Deshalb darf auch in Ostdeutschland der Pfad des moderaten Lohnanstiegs nicht verlassen werden.
Eine moderate Lohnentwicklung ist insbesondere auch für den öffentlichen Dienst erforderlich, um den Spielraum der ostdeutschen Länder und Gemeinden zur Finanzierung der Infrastruktur zu erhöhen. Auch würde die von den Instituten wiederholt geforderte Infrastrukturoffensive dazu beitragen, das Umfeld für Produktivitätsfortschritte und so die Standortqualität Ostdeutschlands zu verbessern. Allerdings muss institutionell gesichert sein, dass die den Ländern und Gemeinden gewährte finanzielle Hilfe zum Ausbau der Infrastruktur auch in die geplanten investiven Verwendungen fließt.

Fortsetzung des Stabilitätskurses in der Wirtschaftspolitik – kein Grund für hektischen Aktionismus

Im Jahre 2000 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt sowohl in Deutschland als auch im Euroraum mit der höchsten Rate seit rund einer Dekade zu. Dies war wesentlich begünstigt durch eine kräftige Expansion der Weltkonjunktur. Es konnte allerdings nicht damit gerechnet werden, dass die Weltwirtschaft auf Dauer in dem hohen Tempo – die Produktion nahm rascher zu als jemals zuvor in den vergangenen 15 Jahren – wachsen würde. Insbesondere wäre es in den USA bei anhaltend hoher Überauslastung der Kapazitäten zu inflationären Spannungen gekommen, die wahrscheinlich eine ausgeprägte Rezession nach sich gezogen hätten. Neben der Weltkonjunktur hat ein weiterer Faktor die Exporte begünstigt, der als nicht nachhaltig bezeichnet werden kann: Die Abwertung des Euro hat sowohl in Deutschland wie auch im Euroraum zu dem ungewöhnlich kräftigen Exportboom beigetragen. Es war nicht zu erwarten, und es war auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nicht erwünscht, dass der Euro weiter abwerten würde. Tatsächlich hat er sich seit Herbst des vergangenen Jahres etwas erholt.

Die Geldpolitik hat noch nicht auf die Verschlechterung der konjunkturellen Aussichten reagiert, sondern die Leitzinsen unverändert gelassen. Dies ist sowohl vor dem Hintergrund der geldpolitischen Strategie der EZB als auch der Indikatoren zur Konjunktur- und Preisentwicklung nachvollziehbar. Um Konsistenz mit früheren Entscheidungen und damit Glaubwürdigkeit zu wahren, sollte sich die EZB weiterhin allein auf die von ihr selbst gewählte Zwei-Säulen-Strategie stützen. Zum einen orientiert sie sich an einem Referenzwert für die Geldmengenentwicklung. Zum anderen verwendet sie ein breites Bündel von Indikatoren, um die künftige Entwicklung der Inflation abzuschätzen. Beide Säulen deuten darauf hin, dass sich die Gefahren für die Preisstabilität im Prognosezeitraum wohl verringern werden. Um kein falsches Signal für die Preisstabilität zu geben, kann die monetäre Lockerung zum derzeitigen Zeitpunkt nur geringfügig ausfallen. Die Institute halten eine Senkung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte für gerechtfertigt.

Gegenwärtig wird kontrovers diskutiert, wie die Finanzpolitik auf die konjunkturelle Abschwächung reagieren soll. Die Institute plädieren wie in früheren Gutachten dafür, dass die automatischen Stabilisatoren der Finanzpolitik wirken sollen. Das bedeutet zum einen, dass es nun nicht um zusätzliche Ausgabenprogramme gehen kann, etwa um die Nachfrage zu stimulieren. Zum anderen besteht aber auch kein Anlass, jetzt vermehrt zu sparen oder Abgaben zu

[4] *Vgl. das Herbstgutachten 2000 der Institute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, Oktober 2000.*

erhöhen, weil die Defizite in den öffentlichen Haushalten konjunkturbedingt höher ausfallen, als noch vor einigen Monaten erwartet worden war.

Die Institute schlagen ein Konzept der Haushaltskonsolidierung vor, bei dem sich die Finanzpolitik weniger an den Haushaltsdefiziten und mehr an einem mittelfristig fixierten Ausgabenpfad orientiert. Um letzteren nicht zu gefährden, darf der Staat zusätzlichen Ausgabenwünschen nur nachgeben, wenn gleichzeitig Einsparungen an anderer Stelle vorgeschlagen und auch akzeptiert werden. Eine derartige Regelbindung der Haushaltspolitik ist in den USA mit dem „Budget Enforcement Act", wo ein solcher Pfad für die konsumtiven Ausgaben festgelegt wurde, erfolgreich praktiziert worden. Dabei wurde für die jährlich zu bewilligenden Ausgaben eine Obergrenze vorgegeben. Bei einer drohenden Überschreitung dieser Grenze mussten Kürzungen bei anderen Ausgaben vorgenommen werden. Auf diese Weise konnte der Ausgabenanstieg gebremst werden. Die konjunkturbedingten Mehreinnahmen konnten dann entsprechend zum Abbau des Budgetdefizits und danach zum Schuldenabbau verwendet werden. Mit entsprechenden Vorkehrungen würde auch in Deutschland der mittelfristig vorgesehene Budgetausgleich erleichtert.

Die Lohnpolitik hat mit den moderaten Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigung wieder erhöhte und gleichzeitig der Preisauftrieb trotz spürbarer außenwirtschaftlicher Teuerungsimpulse begrenzt blieb. Jetzt geht es darum, die tarifpolitischen Weichen für das Jahr 2002 und darüber hinaus zu stellen. Die Institute plädieren dafür, den moderaten Kurs fortzusetzen. Dies bedeutet, dass sich die Lohnentwicklung prinzipiell am Produktivitätszuwachs zuzüglich des unvermeidlichen Preisanstiegs orientieren sollte, allerdings bei entsprechender Berücksichtigung der Lage am Arbeitsmarkt.

Die Glaubwürdigkeit eines anhaltend moderaten lohnpolitischen Kurses könnte erhöht werden, wenn die Tarifparteien Lohnabschlüsse tätigen würden, die etwas weiter in die Zukunft reichen. Eine Möglichkeit wäre – wie schon in der Vergangenheit praktiziert –, längere Laufzeiten von Tarifverträgen zu vereinbaren. Allerdings gibt es an deren Ende – wie in diesem Jahr – auch Unsicherheiten, ob der lohnpolitische Kurs tatsächlich fortgesetzt wird. Eine andere Möglichkeit wäre, die Lohnabschlüsse nicht – wie sonst üblich – für das laufende, sondern für das jeweils kommende Jahr abzuschließen. Dies würde der Geldpolitik frühzeitig signalisieren, wie der Kurs der Lohnpolitik auf mittlere Sicht einzuschätzen ist und auch die Planungssicherheit der Unternehmen nähme zu.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus